

+++ Pressemitteilung +++

Berlin, 17. November 2021

Volksentscheid Berlin autofrei fordert von SPD mehr Einsatz für sozial gerechte Verkehrswende

Am frühen Morgen demonstrierten Aktivistinnen und Aktivisten des Volksentscheids Berlin autofrei auf dem EUREF-Campus in Schöneberg für eine sozial gerechte Verkehrswende mit weniger Autos. Zum Anlass nahmen sie die heutigen Spitzenverhandlungen zur Verkehrspolitik der künftigen rot-grün-roten Koalition. Vor allem die Berliner SPD bremse die Verkehrswende durch ihre Auto-fokussierte Politik aus. Gemeinsam mit Changing Cities fordert der Volksentscheid von den Verhandelnden, die Weichen zu stellen für eine sichere und klimafreundliche Mobilität, die mehr Platz für alle schafft.

Schon in der Vergangenheit hatte die künftige SPD-Bürgermeisterin Franziska Giffey deutlich gemacht: Mit ihr sollen die Privilegien des Autoverkehrs in der Stadt nicht angetastet werden. Dadurch könne die Verkehrswende in Berlin um weitere fünf Jahre ausgebremst werden.

„Wenn die SPD zu ihrem Namen steht, liegt es in ihrer Verantwortung, die Verkehrswende aktiv voranzubringen. Denn sozial gerecht ist, eine Mobilität unabhängig vom Auto zu ermöglichen - für alle!“, sagt Nina Noblé, Sprecherin des Volksentscheids Berlin autofrei.

„Nachdem die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes in den letzten Jahren verschleppt wurde, brauchen wir jetzt eine mutige Verkehrspolitik, damit sich alle Berlinerinnen und Berliner in Zukunft sicher, gesund und klimafreundlich fortbewegen können. Das geht nur mit weniger Autos.“

Die vergangene R2G-Regierung sei weit hinter den im Mobilitätsgesetz selbst gesteckten Zielen zurückgeblieben. Das Sondierungspapier der verhandelnden Parteien lasse auch für die kommende Wahlperiode keine fortschrittliche und zukunftsfähige Mobilitätspolitik erwarten. Deswegen erinnerten die Aktivistinnen und Aktivisten die künftige Regierung erneut an ihre Pflicht zur Daseinsvorsorge. „Sozial gerechte Mobilität ermöglicht allen Menschen Teilhabe am öffentlichen Leben - unabhängig vom Einkommen“, so Nina Noblé. Dafür brauche es ein entsprechendes Angebot an barrierefreien und einladenden Gehwegen, sicheren Radwegen und einen starken und bezahlbaren ÖPNV.

Um neuen Platz dafür zu schaffen, fordert der Volksentscheid gemeinsam mit dem Bündnis „Berliner Straßen für alle“ (u. a. ADFC, Changing Cities, Greenpeace, Power Shift) eine gerechte Verteilung der Flächen im öffentlichen Raum, etwa durch die Umwidmung von jährlich 60.000 öffentlichen Pkw-Stellplätzen. Durch das Heraushalten von Durchgangsverkehr aus den Wohnquartieren und die Umsetzung sogenannter Kiezblocks könnten außerdem unkompliziert lebenswerte Kieze geschaffen werden.

Pressefotos von der Aktion zur freien Verwendung finden Sie unter folgendem Link:

<https://we.tl/t-bnVZGCbnqg>

Bildnachweis: Changing Cities/Norbert Michalke

Über uns

Im August reichte der Volksentscheid Berlin autofrei mehr als 50.000 Unterschriften ein. Der Senat hat bis Januar Zeit für die rechtliche Prüfung des Gesetzesvorschlags.

Wir sind eine Initiative aus etwa zweihundert ehrenamtlich engagierten Berliner*innen. Wir wohnen innerhalb und außerhalb des Rings. Einige studieren noch, andere sind bereits in Rente. Unter uns sind staugeplagte Autofahrer*innen, gestresste Fußgänger*innen und Radfahrer*innen genauso wie Menschen, die die BVG lieben. Manche von uns haben Kinder, die in einer lebenswerten Stadt aufwachsen und angstfrei am Straßenverkehr teilnehmen möchten. Wir sind überparteilich und unabhängig von Institutionen oder Organisationen.

Pressekontakt

Nina Noblé und Manuel Wiemann
Volksentscheid Berlin autofrei

tel 0174 - 86 11 709

mail presse@volksentscheid-berlin-autofrei.de

tw @VBerlinautofrei

Wenn Sie sich aus unserem Presseverteiler aus- oder eintragen möchten, schreiben Sie uns einfach eine E-Mail an die genannte Kontaktadresse.